

# «Maximale Verwirrung» um Prognosen

USR III Das neue Berechnungstool des Kantons und die Entlastungsmassnahmen für Private sorgen für Kopfschütteln

VON YANNETTE MESHESHA

Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) sorgte an der Medienkonferenz zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) am Donnerstag für eine dicke Überraschung: Während der Präsentation des neuen Tools zur Berechnung der Einnahmeausfälle für Gemeinden stellte er zwei neue mögliche Entlastungsmassnahmen für Privathaushalte vor. Obwohl sich Lauber zuversichtlich zeigte, scheint es Zweifel daran zu geben, dass der Finanzausgleich unter den Gemeinden die Ausfälle kompensieren kann.

## Entlastung für alle

Eine mögliche Entlastung für Private, erhöhte Steuerabzüge bei den Krankenkassenprämien, stösst auf Kritik, weil die Kosten zusätzlich zulasten von Kanton und Gemeinden gehen würden. Besonders zu Reden gibt jedoch die Option, Kinder- und Ausbildungszulagen zu erhöhen. Die Idee brachte im Kanton ein Landrats-Postulat von Simon Oberbeck (CVP) auf das politische Tapet. «Die Steuerkurve zeigt, dass der Mittelstand in unserem Kanton überproporti-

onal belastet ist. Deswegen ist es wichtig für mittelständische Familien attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen», sagt Oberbeck. Erhöhe man die Kaufkraft der Bevölkerung, fliesse das wieder in den Wirtschaftskreislauf und komme auch lokalen Gewerben zugute. «Wenn wir schon entlasten, dann sollen alle profitieren.»

## Nur «kleine Zückerchen»

Anders sieht das SP-Kantonalpräsident Adil Koller: «Die Entlastungsvorschläge sind zu kleine Zückerchen, die den entstehenden Steuerausfall nicht kompensieren können. Der Mittelstand wird trotzdem zahlen müssen. Ausserdem ist es keine konkrete Vorlage. Es ist nicht gewährleistet, dass diese Entlastungen bei einem Ja zur USR III tatsächlich umgesetzt werden.» Wirtschaftskammerdirektor und FDP-Landrat Christoph Buser ist ebenfalls skeptisch: «Die Vermischung von Kinder- und Ausbildungszulagen mit der der USR III ist nicht ideal. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.» Vor dem Hintergrund des angespannten Staatshaushalts würde das den Kanton als Arbeit-

geber und alle Unternehmen belasten.

CVP-Landrat Oberbeck hat als Gemeinderat von Birsfelden Verständnis für die Befürchtung von Mehrausfällen in den Gemeinden. Er argumentiert: «Leider wird oft nur der kurzfristige Effekt betrachtet und nicht die langfristigen Vorteile. Aber man sollte nicht am eigenen Tellerrand hängen bleiben. Das ist für uns alle eine Herausforderung, aber notwendig.» Er erklärt, dass die vielen kursierenden Zahlen für «maximale Verwirrung» gesorgt hätten. Er

begrüsse den Versuch der Baselbieter Regierung, mit dem neuen Tool Klarheit zu schaffen. «Ich vertraue der Regierung, dass sie nach Treu und Glauben versucht, objektiv zu sein.»

## Skepsis bei neuen Berechnungen

Dieses Vertrauen haben nicht alle. Peter Vogt, Gemeindepräsident von Muttenz, hält fest: «Alle Berechnungen sind ein Stochern im Nebel. Solange die Bundesverordnung nicht steht, kann man keine seriösen Aussagen machen.» Mut-

tenz würde daher auf eine erneute Berechnung verzichten. Auch der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott hält wenig vom neuen Berechnungsinstrument. Liestal ist als Beispielgemeinde verwendet worden, um das Tool zu entwickeln. «Das Wachstum ist auf acht Jahre hinaus berechnet. Da ist aber auch ein Wachstum bei natürlichen Personen miteinberechnet, das nichts mit der USR III zu tun hat, aber dafür mobilisiert wird.»

Der neu berechnete Überschuss von fast 800 000 Franken im Jahr 2024 (siehe Tabelle) sei weder so sicher anzunehmen, noch wisse man, wie man bis dahin «die Löcher stopfen» solle. Der Finanzausgleich werde als Lösung aller Probleme gehandelt. Ott warnt: «Man kann derzeit nicht abschliessend wissen, wer mit der USR III auf der Geber- und Empfängerseite steht. Ich gehe davon aus, dass die Zahl der Gebergemeinden wieder schrumpfen wird.»

SP-Chef Koller ist skeptisch. «Es ist der Gipfel der Frechheit, wenn Lauber die Arbeit der Gemeinden als unseriös bezeichnet. Er liefert selbst nun schon die dritte Prognose. Die Zahlenschrauberei wird langsam unglaubwürdig.»

## So rechnet der Kanton am Beispiel von Liestal

	2019	2024
Steuern natürliche Personen (Einkommensteuern und Vermögenssteuern)	41 230 000	43 333 144
Auswirkung Teilbesteuerung (Dividende Juristische Personen)	100 000	100 000
Gewinnsteuern juristische Personen	2 693 081	1 694 305
Kapitalsteuern juristische Personen	443 000	434 684
<b>Total Steuereinnahmen</b>	<b>44 466 081</b>	<b>45 562 133</b>
Finanzausgleich	-196 227	238 077
Ausgleichszahlung Bund	533 043	574 097
<b>Total Einnahmen Gemeinde Liestal</b>	<b>44 802 897</b>	<b>46 374 307</b>
<b>Differenz der Gemeindeeinnahmen, verursacht durch USR III</b>	<b>-798 597</b>	<b>772 813</b>

Quelle: Steuerverwaltung des Kantons Baselland

**Eis-Zeit** In der Region Basel herrschen seit Tagen Minus-Temperaturen. Kein Wunder also, präsentieren sich kleine Wasserfälle wie hier jener im Gebiet Hinter Birtis zwischen Beinwil und Nunningen als Eisstrom. Sibirien lässt grüssen.

FOTO: FRANZ SCHWEIZER



# «Es obliegt der FDP, über den Inhalt zu informieren»

Zwist unter Bildungsdirektoren Die Baselbieter Regierungsrätin Monica Gschwind wehrt sich gegen Angriffe ihres Basler Noch-Amtskollegen Christoph Eymann

VON BOJAN STULA

Gar nicht diplomatisch äusserte sich der scheidende Basler Bildungsdirektor Christoph Eymann (LDP) in einem am Donnerstag publizierten Interview in der «Tageswoche». Gegen seine Baselbieter Amtskollegin Monica Gschwind (FDP) richtet Eymann schwere Vorwürfe. Gschwind habe «eine Vertrauensbasis verletzt», indem sie ihn nicht über die von ihrer FDP in Auftrag gegebene Studie zu den Sparpotenzialen bei der Uni Basel informiert habe. «Es hätte schon gereicht, wenn Monica Gschwind mir gesagt hätte: «Hier ist etwas unterwegs, mehr kann ich noch nicht sagen.» Ich habe es aber aus der Presse erfahren respektive 30 Minuten vorher von der Baselbieter FDP die Unterlagen dazu bekommen», wird Eymann zitiert.

Unter Gschwinds sozialdemokratischen Vorgängern Peter Schmid und Urs Wüthrich sei die Zusammenarbeit viel offener und vertrauensvoller gewesen: «Das war tatsächlich ein grosser Unterschied zum

letzten Jahr, das ich mit Monica Gschwind erleben durfte», sagt Liberaldemokrat Eymann. Gegenüber der bz nimmt die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektorin zu den Vorwürfen Stellung.

## Frau Gschwind, was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie das Interview mit Christoph Eymann in der «Tageswoche» gelesen haben?

Monica Gschwind: Dass man am Ende einer 16-jährigen Regierungstätigkeit mit etwas Wehmut zurückblickt und gerne alle Geschäfte erledigt haben möchte, ist verständlich, aber leider nicht immer realisierbar. Ich habe meinen baselstädtischen Kollegen Christoph Eymann in der direkten Zusammenarbeit stets als höflich und professionell erlebt.

Was entgegnete Sie auf seine nun geäusserte Kritik, Sie hätten das gegenseitige Vertrauensverhältnis zerstört? Ich weise diese Kritik entschieden zurück. Ich habe im Rahmen der Unirats-Sitzun-



«Die Diskussionen müssen nun geführt werden, und das ist nicht immer einfach.»

Monica Gschwind, Baselbieter Bildungsdirektorin (FDP)

gen mehrfach mündlich darauf hingewiesen, dass die FDP bezüglich Sparmassnahmen der Uni Basel aktiv werden würde.

## Haben Sie Herrn Eymann auch über die von der Baselbieter FDP in Auftrag gegebene Studie informiert?

Ich habe im vergangenen Herbst von dieser Studie erfahren. Da sie von der Partei in Auftrag gegeben wurde, obliegt es auch ihr, über den Inhalt zu informieren.

## Weshalb war der Umgang mit Herrn Eymann so problembeladen?

Dass sich in dem heute veränderten Umfeld - mit der verschärften Finanzlage des Kantons Baselland - zwangsläufig unterschiedliche Positionen ergeben, ist normal. Die Diskussionen müssen nun geführt werden, und das ist nicht immer einfach.

## Wie und wann geht es jetzt in Sachen Universität mit der neuen Basler Regierung weiter?

Der Verhandlungsprozess zur Universität Basel läuft seit Anfang 2016. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet vorderhand die Leistungsperiode 2018 bis 2021, sodass idealerweise spätestens bis Ende des Jahres 2017 Einigkeit bezüglich des inhaltlichen und finanziellen Rahmens bestehen sollte.

## Und die Besetzung? Welchen Anspruch richten Sie an Christoph Eymann Nachfolger Conradin Cramer?

Die Verhandlungen führen auf Seite Baselland Regierungsrat Anton Lauber und ich, auf Seite von Basel-Stadt Regierungsrätin Eva Herzog, und neu wird wohl Conradin Cramer diese Aufgabe von Christoph Eymann übernehmen. Auf jeden Fall müssen die Verhandlungen nahtlos und mit Hochdruck weitergehen, damit wir einen guten Weg finden, welcher für die Universität Basel gangbar und im Landrat mehrheitsfähig ist.

Das Interview wurde schriftlich geführt.